



Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

Völkerrechtswidriger Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine – was tut Bayern gegen die russischen Kriegstreiber?

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im zuständigen Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mündlich durch Staatsminister der Finanzen und für Heimat Albert Füracker über die Umsetzung der Sanktionen gegen Russland in Bayern zu berichten. Dabei sind insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

- Welche russische Firmen, gegen die Sanktionen verhängt wurden, sind in Bayern tätig, an Unternehmen mittelbar oder unmittelbar beteiligt oder unterhalten Geschäftskontakte nach Bayern?
- Welche russischen Privatpersonen, gegen die oder gegen deren Unternehmen Sanktionen verhängt wurden, sind in Bayern tätig, an Unternehmen unmittelbar oder mittelbar beteiligt oder halten sich regelmäßig in Bayern auf?
- Wie werden die Sanktionen in Bayern konkret umgesetzt?
- Wie wirken sich die Sanktionen auf Bayern aus?
- Welche Maßnahmen werden in diesem Zusammenhang gegen Alisher Usmanov ergriffen?
- Welche Erkenntnisse liegen den Behörden über Alisher Usmanov, seine Unternehmen und sein Grundeigentum in Bayern vor?
- Welche Erkenntnisse liegen den Behörden über Unternehmen und Grundeigentum anderer Oligarchen, die Putin unterstützen, vor?
- Welche Maßnahmen werden in diesem Zusammenhang ergriffen?
- Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, über die beschlossenen Sanktionen hinaus Maßnahmen gegen die o. g. Oligarchen zu ergreifen?

Begründung:

Russland führt einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die EU hat dies klar verurteilt und Sanktionen gegen Russland, insbesondere auch die russische Führung, verhängt. Das Blutvergießen in Europa muss sofort beendet werden.

Der russische Oligarch und Putin-Freund Alisher Usmanow hat 2011 eine Villa in Rotach-Egern erworben, allerdings „über Strohmänner, wie dies bei Offshore-Unternehmen üblich ist, um die wahren Besitzverhältnisse zu verschleiern“ (Tegernseer Stimme

vom 21.06.2017). Anschließend soll er zwei weitere Villen für seine Leibwächter erworben haben.

Die Staatsregierung muss Auskunft darüber erteilen, welche Erkenntnisse ihr über den Putin-Freund Alisher Usmanow, der sich regelmäßig in Bayern aufhalten soll, vorliegen. Es muss geklärt werden, ob gegen ihn oder seine Unternehmen Sanktionen verhängt werden.

Ebenfalls ist generell darüber zu berichten, welche konkreten Auswirkungen die Sanktionen auf Bayern haben und welche Maßnahmen von den Behörden ergriffen werden. Die Staatsregierung muss zudem berichten, welche Oligarchen, die Putin unterstützen, in Bayern tätig sind bzw. Grundeigentum erworben haben und welche Maßnahmen gegen diese ergriffen oder geprüft werden.